

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark, im Voraus zahlbar. Unter Geschäftsdruck im In- und Ausland 2.50 Reichsmark pro Monat.

Der "Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage "Hoff und Welt" sowie den Beilagen "Unterhaltung und Witz", "Aus der Blumzeit", "Stadtbeilage", "Frauentimm", "Der Arbeiterfreund", "Jugend-Vorwärts", "Bild in die Bücherwelt", "Kulturarbeit" und "Lohn" erscheint wochentlich gesondert, Samstags und Sonntags einzeln.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Komposition des 80 Pfennig Reichsmark 5.- Reichsmark "Kleine Anzeigen" des Freitagabends Blatt 20 Pfennig (täglich zum Freitagabend) des ersten Blatt 12 Pfennig (täglich) des ersten Blatt 10 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig. Die 15. Buchstaben zahlen für zwei Worte. Reichsmark 60 Pfennig. Beilagenanzeigen für Sonntagsblätter 40 Pfennig. Anzeigenpreise in Hauptstadt Berlin: Straße 2. wochentlich von 5/ bis 17 Bp.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhofs 232-237 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Vertriebskonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter Angehörigen und Beamten Währ. 65 Titankonto-Gesellschaft Depotkassen Lindenstr. 3

Endkampf um die Lohnsteuer.

Sozialdemokratische Abrechnung mit dem Rechtsblock. — Ausflüchte der Regierungsparteien.

Der Endkampf um die Lohnsteuer, der den größten Teil der letzten Sitzung des Reichstages ausfüllte, begann mit einer ausgezeichneten Rede des Genossen Keil. Ohne sich in Einzelheiten zu verlieren, die Grundgedanken aber um so stärker hervorhebend, bekämpfte er den Vorschlag der Regierungsparteien. Er nannte ihn eine sinnwidrige Mißachtung der Ver Brünings, durch die der Gedanke des steuerfreien Existenzminimums prinzipiell verlassen werde. Die Sozialdemokratie halte an ihrem alten Antrag, der die Höhe des Existenzminimums für jeden Lohnsteuerpflichtigen auf 140 M. festsetzt, fest, gegen den keine beachtlichen Einwände erhoben werden.

Abg. Dr. Brüning hatte nach dieser Rede Keils keinen leichten Stand. Seine Verteidigung der Regierungsvorlage und der völligen Veränderung der Ver Brünings war schon deshalb wenig überzeugend, weil er nicht einmal zu befehlen wagte, daß eine gewisse Wahrscheinlichkeit für ein wesentlich höheres Einkommen als 1300 Millionen Mark im Jahre 1928 bestehe.

Im weiteren Verlauf der Debatte wehrte sich Reichsfinanzminister Dr. Köhler gegen die Vorwürfe des Genossen Keil, er habe den Ländern die Zusicherung gegeben, daß sie die Mehrkosten der Besteuerungsreform mit den erhöhten Lohnsteuern bezahlen könnten. Köhler bestritt, irgendeine derartige Zusage gegeben zu haben. Er verteidigte sich jedoch gleichzeitig wiederum hinter die Abneigung der Länder, die Lohnsteuer zu ermäßigen und vergaß dabei ganz, daß es sich bei der Ver Brünings um ein Reichsgesetz handelt, das die Reichsregierung auszuführen verpflichtet ist, und daß sie für eine ordnungsgemäße Ausführung mit Beibehaltung einer Zweidrittelmehrheit im Reichstage erhalten hätte. Dann hätte es keinen Einspruch und keinen Widerstand der Länder gegeben.

Der Reichstag hat seine heutige letzte Sitzung vor den Weihnachtstagen bereits um 11 Uhr begonnen. Nach einem Beschluß des Ausschusses für Entschädigungen wird der Entwurf zum Kriegsschadens-Schutzgesetz ohne Debatte in erster Lesung dem Ausschuss übermiesen.

Präsident Ebbé erklärte dazu: Aus der schnellen Erledigung der ersten Lesung dürfen die seit Jahren wartenden Geschädigten nicht etwa den Schluß ziehen, daß der Reichstag ihren Forderungen interesselos gegenüberstehe. Im Gegenteil, der Reichstag wolle vermeiden, daß diesem dringenden Gesetz vor den Weihnachtstagen noch Schwierigkeiten bereitet werden. Der 22. Ausschuss wird seine Arbeit noch vor dem Wiederversammlung des Plenums aufnehmen. Alle Parteien sind darin einig, daß dieses Gesetz unbedingt noch von diesem Reichstag erledigt werden muß.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Lohnsteuer). Der Steuer-Ausschuss hat die ursprüngliche Regierungsvorlage fallen gelassen und statt dessen schlägt er den bekannten neuen Gesetzentwurf der Regierungsparteien vor. Danach soll der Lohnsteuerbetrag um 15 Proz. gekürzt werden, jedoch um nicht mehr als 2 M. monatlich. Außerdem soll der abzugsfähige Betrag für Sonderleistungen, Verschönerungen, Steuerbefreiung für den Steuerpflichtigen von 400 auf 600 M., für die Ehefrau und für jedes Kind von 100 auf 250 M. erhöht werden. Eine weitere Senkung der Steuer soll erst eintreten, wenn das jährliche Einkommen daraus 1300 Millionen übersteigt.

Von der Deutschen Volkspartei ist jetzt noch ein neuer Antrag eingegangen, der die Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit einigen kleinen Änderungen fordert.

Abg. Keil (Soz.):

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, welche Bewirkung in der Regierungskoalition herrscht, so hätte ihn der Verlauf der Verhandlungen im Steuer-Ausschuss erbracht. Erst hat die Regierung ihre Vorlage eingebracht und hier begründet. Diese Vorlage ist zwar verschmunden, jetzt aber erleben wir eine Wiederherstellung durch den Antrag der Deutschen Volkspartei. An Stelle der Regierungsvorlage ist im Ausschuss eine neue Vorlage getreten, eingebracht von den Regierungsparteien ohne die Deutsche Volkspartei. An diesen Antrag hat sich keinerlei sachliche Debatte im Ausschuss geknüpft.

Er trägt den Stempel eines Belegenheitsproduktes so deutlich wie nur möglich an der Stirn.

Wer sich nur ein wenig in das Problem der Lohnsteuer vertieft hat, der sieht diesem Antrag auf den ersten Blick an, daß er nicht aus sachlichen, sondern aus taktischen Erwägungen eingebracht worden ist. Und auch die Ausschussdebatte vor Einbringung dieser Vorlage stand im Zeichen der List. Es zeigten sich Gesensätze zwischen den Regierungsparteien auch in dieser Frage, man bemühte sich aber, die Koalition nicht zu zerbrechen. Die Deutsche Volkspartei wollte gar nicht die Erfüllung

der Ver Brünings, sie verfolgt ein anderes Ziel, ihr kam es vor allem auf drei Zwecke an:

1. Die Herabsetzung des Steuertarifs für die großen und größten Einkommen.
2. Besteuerung der Einkommen nach dreijährigem Durchschnitt statt des einjährigen Ertrages.
3. Die Befreiung des Quellensteuerprinzips auf dem einzigen schmalen Gebiet, wo es außer der Lohnsteuer vorhanden ist, bei der Kapitalertragssteuer.

Als Ihre drei Anträge, die das forderten, abgelehnt waren, hat sie ihr Ziel nicht aufgegeben, sondern ein prinzipielles Zugeständnis erlangt, das in der Annahme der Resolution im Ausschuss zum Ausdruck kommt, monach ein Ausschuss zur Prüfung der Frage eingesetzt werden soll, ob und von welchem Zeitpunkt ab bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zum dreijährigen Durchschnitt übergegangen werden kann. Das war der Kaufpreis der Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Antrag der übrigen Regierungsparteien und das Zentrum hat sich bereit erklärt, diesen Kaufpreis zu zahlen.

Diese Verhandlungen und ihr Ergebnis haben einen sehr lehrreichen Anschauungsunterricht für diejenigen Arbeiter geschaffen, die sich in die Regierungsparteien vertieft haben.

Nach der Ver Brünings soll eine Senkung der Lohnsteuer folgen, wenn innerhalb sechs Monaten das Einkommen mehr als 6 1/2 Millionen beträgt. Diese Voraussetzung war längst erfüllt. Der sozialdemokratische Antrag der Erhöhung der steuerfreien Einkommen von 100 auf 140 M. beruht auf sorgfältigen Berechnungen. Die Regierung konnte jetzt zu keinem Beschluß kommen, im letzten Augenblick brachte sie eine Vorlage ein, die in Wirklichkeit

eine sinnwidrige Auslegung des Gesetzes

von 1925 darstellt. Man erfährt darüber, daß Abmachungen mit den Ländern getroffen wurden, die dem Sinne des Reichsgesetzes widersprechen, und von denen der Reichstag nichts

welch. (hört, hört.) Die Zustimmung der Länder zu der Befolgungsvorlage ist mit dem Versprechen der Reichsregierung erzielt worden, daß aus der Lohnsteuer ein höheres Einkommen erzielt werden soll. In Konsequenz dieser Abmachungen soll jetzt auch schon die Lohnsteuer 1300 Millionen erbringen.

Man arbeitet darauf hin, das Einkommen aus der Lohnsteuer noch über 1300 Millionen Mark hinaus zu erhöhen.

Schlüsselsatz ist dann im Ausschuss die neue Vorlage geboren worden, die gar nicht mehr den Versuch macht, der Ver Brünings gerecht zu werden. Der neue Entwurf bringt eine außerordentliche Kompliziertheit, die nicht nur die Durchführung der Lohnsteuer außerordentlich erschwert, sondern auch Gefahren für die Lohnsteuerpflichtigen in sich birgt. Die Unternehmer haben neue Berechnungen vorzunehmen, dadurch wird die Popularität der Lohnsteuer in diesen Kreisen sicher nicht gewinnen, die Sicherheit der Abrechnung wird vermindert. Viel schlimmer als diese Bestimmungen ist jedoch, daß

der soziale Gedanke des Existenzminimums prinzipiell verlassen

werd. Man baut das soziale Existenzminimum ab. Die 1200 M. steuerfreien Einkommen, die vor zwei Jahren erzielt wurden, sind heute in Wirklichkeit nicht mehr die 1200 M. von damals. (Sehr wohl! bei den Soz.) Die Herabsetzung des steuerfreien Betrages ist um so notwendiger, weil

die anderen Massensteuern zu gleicher Zeit enorm angefallen

sind, trotz der Senkung der Umsatzsteuer ist das Ergebnis weit größer als 1925, weil die Rinderentnahme wieder gedeckt wurde durch das Mehr an Zölle. Diesen Tatsachen hat der sozialdemokratische Antrag Rechnung getragen durch die Erhöhung des steuerfreien Einkommens. Die Regierung hat sich dem mit aller Schärfe widersetzt, sie will nicht, daß die Lohnsteuerpflichtigen, die durch die Herabsetzung des Nominallohnes in die Besteuerung hineingemacht

„Der Hund soll weinen...!“

Sagt Vater Schmelzer, um selbst freizukommen.

Der heutige letzte Verhandlungstag im Arensdorfer Prozeß begann mit der Fortsetzung der Plädoyers, und zwar sprach zunächst als zweiter Vertreter der Nebenkläger Justizrat Falkenfeld-Frankfurt, der einleitend betonte, daß er ebenso wie Bundesführer Hörsing an der Böhre der Getöteten keine Rache, sondern nur eine gerechte Sühne für die Taten verlange. Politischer Fanatismus sei der Hintergrund dieser Tat, an der andere mitschuldig seien. Die Vernehmung des Herrn v. Moosleben habe gezeigt, in welchem Geiste in Arensdorf die Jugend und der Stahlhelm erzogen wurden. Ohne diesen Geist wäre die Tat nie geschehen. Der Anwalt zog dann eine Parallele zwischen dem Verhalten des Vater Schmelzer, der sein Wort der Reue oder des Bedauerns gegenüber den Eltern der Opfer gerunden habe, und dem der Mutter Rathenaus, die an die Mutter eines

der Mörder ihres Sohnes einen unvergesslichen Brief gerichtet habe.

Als erster Verteidiger sprach dann für den Angeklagten August Schmelzer Rechtsanwalt Dr. Jolly-Frankfurt, der mit den Worten begann: Selbstverständlich herrscht in den Kreisen, denen wir angehören, das allererste merkwürdige Bedauern über die jungen deutschen Menschenleben, die diesen entsetzlichen Vorfällen zum Opfer gefallen sind. Das zu betonen halte ich für meine Pflicht. Nicht der Schatten eines Beweises ist dafür erbracht, daß in irgendeiner Weise von der Leitung der „vaterländischen“ Bewegung Erzele für die Durchführung des Reichsbanners durch Arensdorf injiziert worden seien. Ebensovwenig könne man Herrn v. Moosleben den Vorwurf der Verhöhnung und der Unbereitschaft an der Tat machen. Auf der anderen Seite habe das Reichsbanner in Arensdorf eine so aggressive Haltung eingenommen, daß sein Benehmen an Landfriedensbruch erinnere.

Rechtsanwalt Bloch-Berlin, der für den Vater Schmelzer das Wort ergriff, betonte zunächst, daß dieser weder dem Stahlhelm noch dem Herwolf angehöre. Wenn im vorliegenden Falle die Anklage behauptet, daß der Beginn der Zwischenfälle von den Arensdorfern ausgegangen sei, so bestehe ebenfalls die Möglichkeit, daß die Verhöhnung des Reichsbannerautos angeklagt habe. Was den Angeklagten Paul Schmelzer betreffe, so habe er in einer Reihe von Punkten, in denen er ohne besondere Gefahr bestritten konnte, als christlicher Landmann die Wahrheit gesagt, auch wenn sie ihn belasten konnte. Deswegen dürfe man ihm auch keine sonstige Darstellung glauben. Von einem schwerfälligen Bauern dürfe man nicht verlangen, daß er das Bewußtsein habe, er stifte durch sein Verhalten seinen Sohn zur Tötung an. Einzig die alleinige Ursache eines 13jährigen Jungen könne keine Grundlage für ein Strafurteil bilden. Die übrigen Belastungszeugen gegen den Vater seien bestimmt keine Klaffen, und wenn wirklich Paul Schmelzer angeklagt habe: „Schlagt die Hunde tot, haut sie raus!“, so sei dieser Ruf nicht anders zu bewerten wie Verwünschungen, die wohl ausgeföhren werden, vor deren Verwirklichung man aber jederzeit mit Abscheu zurücktreten würde. Eine Anklage könne in diesen Redensarten nicht liegen. Sowohl von der Anklage zum Teil, wie von der zur verurteilten Tötung sei er freizusprechen, ebenso von einer Beihilfe zur Tötung, denn es könne ihm keine Schuld nachgewiesen werden.

Hausfuchung bei Ehrhardt.

Der „Wiking“ trotzt den Verböten.

Nachdem das Polizeipräsidium Magdeburg bei Durchsuchungen am 15. und 16. Dezember umfangreiches Schriftmaterial beschlagnahmt hatte, aus dem ersichtlich ist, daß der für Preußen verbotene „Hund Wiking“ nach wie vor weiterbesteht, wurden in Berlin in den heutigen Morgenstunden in dem Bureau des Korvettenkapitäns Ehrhardt in der Steglitzer Straße, im Verlag der „Vorwärts“ am Schöneberger Ufer sowie in vier Privatwohnungen auf Grund des Republikstahngesetzes ebenfalls umfangreiche Durchsuchungen durchgeführt. Die Sichtung des Materials sowie die Vernehmungen der in Betracht kommenden Personen sind zurzeit noch nicht abgeschlossen.

Die Arbeitgeber lehnen ab!

Die Schiedsprüche gehen ihnen noch nicht weit genug!

Düsseldorf, 17. Dezember.

Wie die Telegraphenunion erfährt, haben die Arbeitgeber die beiden Schiedsprüche über Lohn und Arbeitszeit abgelehnt. Eine ausführliche Begründung wird noch veröffentlicht werden.

Der liebevolle Vater: Der Hund muß ins Zuchthaus!

Als ich gestern Abend mit Paul Schmelzer nach Hause fuhr und darauf hinwies, daß unter der Haut der Anklagebeine sein Sohn doch Tränen der Reue gefunden hat, da brach der Vater spontan in die Worte aus: „Das ist dem Hund recht, er soll im Zuchthaus noch mehr weinen.“ So spricht kein Anstifter, sondern ein Mann, von Ihnen keine Freisprechung erwartet.

Hierauf trat eine halbstündige Mittagspause ein.

Einheitsstaatsdebatte im Landtag.

Zentrum für Föderalismus. — Antwort Otto Brauns.

Der Landtag setzte heute vormittag die Aussprache über den preussischen Gesamthaushalt fort. Als erster Redner erhebt das Wort

Finanzminister Dr. Höpker-Uhoff:

Herr von Richter hat den Vorwurf erhoben, daß ich bei der Besetzung der Herabsetzungen Widerstand geleistet, Herabsetzungen aber widerstandslos gubnet habe. Tatsächlich sind mehr Erhöhungen als Herabsetzungen erfolgt. Herr von Richter hat vor allem die Herabsetzung des Anfangsgehalts der höheren Beamten um 400 Mark nicht gefallen. Zweifellos aber ist der Anstieg in der Vorlage zu hoch gewesen.

Daß der Haushalt keine Anleiheausgaben enthält, scheint mir ein Vorzug gegenüber dem Reiche zu sein. Eine Steigerung des Fiskalbetriebs durch die Kosten des Opernhausumbaus sind für 1928 nicht zu erwarten, da die Summen bereits in den Vorjahren eingelegt wurden. Die Steuerentlastungen, die Herr von Richter vermisst hat, sind durch die Reichshilfssteuerentlastung längst erfolgt, allerdings auf Kosten der Länder und Gemeinden. Die Lasten, die ich von der einen Seite als Bonifitäre hingewiesen habe, sind auf der anderen Seite als Gehaltsverluste zu verstehen, nicht als Kosten. Die Gründe sind aber sie ergibt sich nicht! (Große Heiterkeit links.) Es wäre dem Ministerpräsidenten Brauns klüger gewesen, in der Budgetfrage kein Del ins Feuer zu gießen. Herr von Richter hat mit seiner Kritik am Etat vollkommen recht gehabt. Der Wille zur Sparsamkeit muß bei allen Parteien wieder lebendig werden.

Zentrum gegen Einheitsstaat.

Abg. Dr. Heß (Z.): Unsere ablehnende Stellung zum Einheitsstaat hat den Chef der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Brüning, in seiner Eigenschaft als Reichskanzler auf dem Bankett des Vereins Berliner Presse dargestellt und begründet. Wenn die Demokratie den Einheitsstaat zur Wahlparole gemacht haben, so werden sie damit hoffentlich in Zukunft etwas erfreulichere Wahlerfolge erzielen als bisher. (Heiterkeit.) Wir halten die gegenwärtige föderalistische Verwaltung für die billigste und zweckmäßigste. Die Auffassung des preussischen Ministerpräsidenten über den Einheitsstaat halten wir staatspolitisch für außerordentlich gefährlich. Die Zentrumspartei denkt nicht daran, sich in dieser Frage in das Schleppjagd großliberaler Anschauungen nehmen zu lassen. (Hört, hört!) Wir wünschen auch über das, was in der Konferenz der Ministerpräsidenten geredet wird, dauernd auf dem laufenden gehalten zu werden.

Was diesen Landtag und die künftigen Wahlen anbelangt, so hat die interessanteste Partei dieses Hauses, die Deutsche Volkspartei, unsere Unfruchtbarkeit als Wahlparole ausgegeben. (Heiterkeit.) Eine Partei, die einen so feindseligen Ueberblick an politischer Intelligenz hat, hat es leicht, sich über die anderen Parteien lustig zu machen. (Heiterkeit.) Wir wollen in diesem Landtag beweisen, daß das Zentrum sich keine politische Marschroute nicht von der Deutschen Volkspartei vorzeichnen läßt, und daß auch eine schwache Regierung nicht zu kurz zu kommen ist, wenn sie nur Fähigkeit, Energie und Konsequenz aufbringt. Diese beiden Beweise haben wir erbracht, und der Volkspartei nur ihr Geniestreich von Anfang 1925 schon längst bitter leid. (Heiterkeit und Zustimmung.) In der Frage des Einheitsstaates, die ein Herzstück der preussischen Politik ist, befinden wir uns mit den Deutschen Nationalisten in sehr weitgehender Übereinstimmung. (Hört, hört! links.)

Ministerpräsident Brauns:

Ich glaube, daß der Abg. Heß meine geistigen Ausführungen über den Einheitsstaat nicht richtig gewürdigt hat. Ich habe mich bemüht, die Projektarbeit auf diesem Gebiet mitzuteilen, und ich habe erklärt, daß die Entwicklung zwangsläufig sei. Das hat Herr Abg. Heß am Beispiel des Präsidenten Mulert betätigt. Wenn jetzt unklarheit eingestülte preussische Minister hätten die Entwürfe föderalistisch eingestellter Reichsminister bekämpfen müssen, weil diese Entwürfe zu unklar sind, so ist auch das ein Beispiel für die Zwangsläufigkeit. Die Januar-Konferenz wird nur ein Gedankenaustausch sein. Sollte sie zu unmittelbaren Maßnahmen Anlaß geben, wird die Regierung den Landtag rechtzeitig unterrichten. Aber ich fürchte, daß das so schnell nicht geht, und ich persönlich hätte die Entwicklung gern rascher, auch wenn ich im Genuß zum Abg. Heß die Frage des Einheitsstaates nicht als Kernstück der preussischen Politik ansehe. Ich glaube, er überschätzt das Tempo ganz wesentlich. So schnell werden wohl auch in der Frage der Reichseinheit die Deutschen nicht scheitern. (Heiterkeit und Beifall.)

Bei Schluß des Blattes spricht Abg. Dr. Leidig (D. Sp.).

Frankreich muß nachgeben.

Zehn Voraussetzungen für eine Verständigung.

Rom, 16. Dezember.

Die Presse kommentiert die gestrigen Erklärungen des Premierministers über Frankreich im Ministerrat. „Giornale d'Italia“ stellt bestimmte Forderungen an Frankreich auf. Zuerst müsse Frankreich in der Lagefrage nachgeben und die Zentralstellung Italiens im Mittelmeer so anerkennen, daß keine allgemeine Mitteleuropäische Lösung gelöst werden dürfen ohne Italien. In Tunisien besitze Italien Rechte, die bereits vor der französischen Besetzung des Landes bestanden hätten und die Frankreich zu achten versprochen habe. Aber auch die Südgrenze von Lybien müsse geregelt werden. England hätte einen Teil des Ost-Landes an Italien abzutreten. Die Adria und der Balkan seien für Italien eine Sicherung und ein Lebensproblem ebenso wie für Frankreich und Belgien die Rheingrenze und für England Ägypten. Frankreich müsse auch in der Randatsfrage Italien nachgeben und anerkennen, daß Italien Territorien brauche, um seine überschüssigen Kräfte zu verwenden. Frankreich müsse auch aufhören, die Opposition der italienischen Emigranten gegenüber der italienischen Regierung zu unterstützen. Zum Schluß fordert das Blatt, daß Frankreich in seinen südlichen Provinzen mit der Entnationalisierung der Italiener aufhöre.

Paris links ironisch, rechts verhandlungsbereit.

Paris, 17. Dezember.

Die vom „Giornale d'Italia“ formulierten italienischen Forderungen an Frankreich haben die Wirkung hervorgerufen, daß sich ein großer Teil der Presse nicht mehr an die amtlich empfangene Linie des Optimismus hält. Der „Quotidien“ bezeichnet es als schlechten Witz, derart übertriebene Forderungen an Frankreich zu stellen. „Matin“ macht sich die Mühe, jeden einzelnen Punkt der italienischen Forderungen durchzugehen und zu kritisieren. Er kommt zu der Schlussfolgerung, daß es Frankreich nur in einzelnen Punkten möglich sein werde, Konzessionen zu machen.

Der bisherige Korrespondent des „Echo de Paris“ in Berlin, G. de Willems, ist in Paris nach kurzer Krankheit plötzlich gestorben. Er war ein persönlich liebenswürdiger Mensch, doch war seine Tätigkeit nicht gerade förderlich für die Annäherungsbestrebungen.

„Mehr gefroren als verkauft.“

Berliner Weihnachtsmarkt der Not...

Im Osten, auf der Weberwiese, ist über Nacht eine kleine Zeltstadt entstanden. Gehelmsisool und lodend blinken die Lichter von unzähligen Lampen aus dem Dunst des Gassengewirrs zur Großen Frankfurter Straße hinüber, in der sich der breite Strom des Großstadtverkehrs wälzt. Fast sah es aus, als wäre für den Weihnachtsmarkt im Stadtimern kein Platz zu finden. Auf dem Alexanderplatz wird an allen Ecken und Enden gebuddelt, und die Promenade der Warschauer Straße, wo man erst hin wollte, war auch nicht einladend. Drei Dutzend Buden sind trotzdem dort aufgebaut worden; ihr Umsatz ist aber gering. Besser sieht es schon auf den kleinen Märkten aus, deren Zelte und Stände auf dem Belle-Alliance-Platz, Dönhofsplatz, Leipziger Platz und in der Königsstraße stehen. Der letztere, obwohl er von dem stärksten City-Verkehr berührt wird, hat die romantischste Kulisse: mächtig erhebt sich in seinem Rücken das Rathaus, dessen Turm in den dunklen Winterhimmel ragt. Und empfangen werden die Weihnachtbesucher auf der einen Seite des Budenplatzes von dem Duft, den eine Schmalzstudenbäckerei weit um sich verbreitet, und auf der anderen Seite von der Schulpfeilermusik, die aus dem Grammophontrichter des fahrbaren Tiroler Häuschens tönt, in dem die „echten tiroler Pfeffermüsse“ aus Berlin verkauft werden.

Der „Markt aller Märkte“ steht aber auf der Weberwiese, die das Zentrum dichtgedrängter Arbeiterquartiere bildet. Hier hofft man, die billigen Sachen loszuwerden. Bisher ist es allerdings bei der Hoffnung geblieben. Die Händler sagen, daß sie jetzt „mehr gefroren als verkauft“ haben. Denn alles ist da, was zum Weihnachtsmarkt gehört — nur das Geld nicht! Und so wartet und hofft man auf die letzten Tage vor dem Fest, die den poltenen Segen bringen sollen. Er ist den Händlern, die selbst hart um ihre Existenz ringen müssen, zu gönnen.

„An Ware“ ist kein Mangel. Berge von Kuchen, Schokolade, Bonbons, Spielzeug, Kleider, Pantoffeln, Uhren, Schmuckstücken, Schirmen, Geschirr, Hausgeräten, Parfüms und Büchern warten — im protesten Durcheinander — auf die Käufer. Eine Händlerin, deren Stimmkraft einen Sprecher ersetzt und von deren Witz

zehn Kobarets ebensoviele Jahre leben könnten, macht das bei e Geschäft. Sie verfügt über ein Nietenlager, das Bürsten, Holen träger, Ehbefede, Portemonnaies, Brieftaschen, Mundharmonika, und Seife enthält. Alle drei Minuten bietet die Händlerin einen anderen Gegenstand an. Und alles zum Einheitspreis von einer Mark. Alle drei Minuten verkauft sie von jedem Artikel ein paar Stück. Das ist ein Geschäft! Die Käufer fühlen sich sicher geschmeichelt, weil sie mit „Geld die Brummochsen!“ angebetet werden. Im rauhen, aber herzlichen Ton liegt die Lust die das Herz des Volkes erweicht.

Und dann die Kunst der Wurstmaxen beiderlei Geschlechts, die eine ungeahnte Konkurrenz erleben. Unglaublich, wie viele Wurstmaxen (Prima Rind, Schwein und ...) auf den Weihnachtsmärkten verkehrt werden. „Heiß sind sie noch!“ ist ein Ruf, dem scheinbar die wenigsten widerstehen können. — Bei den Spielzeugen findet man verschiedene Neuigkeiten: der quieschende Bonzo, die medernde Schwiegermutter, Harold Lloyd am Telefon, Chaplin unterm Regenschirm und der unermüdet eine Leiter herunterpurzelnde „Lettier more“. Mit aufziehenden Kreisel, brummen den Todhörnen, lautenden Rufen, Walzteufen und „Sechfertnarren“ ist aber auch noch ein Geschäft zu machen. Originell sind die Pfefferkuchen, auf denen mit Zuckerguß nicht nur alle vorkommenden Namen geschrieben sind, sondern auch sinnige Sprüche. Etwa: „Alle brumme nicht, mehr Kollage gibt es nicht!“ oder „Dieser Kuchen ist nicht groß, Mutter, ich bin arbeitslos!“

Ein paar Geriffene, die von denen leben, die nicht alle werden, machen noch ein gutes Geschäft mit — Horoskopern. Die bronzierten Glaspöpsel, die eine gewisse Nützlichkeit mit Schiller, Goethe, Wagner oder Beethoven (zum Aussehen!) haben, stehen unbedacht in ihren Regalen. Vergeblich lot auch eine große Galerie von Kitzbildern, auf denen torpente Feen mit Engels auf einem Kamm blasen. Alles in Himbeerlack und Marineblau getaucht. Die „heißten Wiener“ und die lausende Maus — das sind die Schlager des Weihnachtsmarktes, dem diesmal der richtige Trubel fehlt.

Schwere Autounfälle.

Ein Auto vom Vorortzug zertrümmert.

Ein schwerer Unfall, der leicht einen verhängnisvollen Ausgang hätte nehmen können, ereignete sich gestern nach der Bekehrung der Strecke nach Rehbrücke. Der Führer eines Privatautos durchfuhr die geschlossene Bahntrasse, als im selben Augenblick ein Vorortzug heranrollte. Das Auto wurde von der Lokomotive erfasst und völlig zertrümmert. Der Führer, ein Kaufmann Alois H. aus Potsdam, kam wie durch ein Wunder mit leichten Verletzungen davon. Die Lokomotive wurde so stark beschädigt, daß sie ausgewechselt werden mußte. Dadurch entstand eine Störung von halbstündiger Dauer.

In Zehlendorf ereignete sich in der letzten Nacht ein schwerer Autounfall. An der Kreuzung Potsdamer Chaussee und Rixdorfstraße verlor der Führer einer in Richtung Berlin fahrenden Kraftwagen infolge der Glätte die Gewalt über die Lenkung und fuhr mit großer Wucht gegen einen Baum. Das Auto wurde völlig zertrümmert. Der Chauffeur, ein 48jähriger Karl G. aus der Lindenstraße in Friedenau, und der 48jährige Fahrgast Alfred L. aus der Fröhlichstraße 8 in Friedenau, erlitten schwere Knochenbrüche und Kopfverletzungen. Die Verunglückten wurden im Zehlendorfer Hindenburg-Krankenhaus Aufnahme. Das Auto wurde von der Feuerwehr abgeklappt.

Die Potsdamer Straßenbahnaufsicht.

Vor etwa vierzehn Tagen berichteten wir über einen Gräueltat des Potsdamer Oberbürgermeisters Kauscher, der sich bitter darüber beschwerte, daß er von etlichen Straßenbahnern „direkt bis zum Hals“ gequält werde. Dieses Kaufschere Gesteisprodukt kam gestern in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung zur Sprache. Kauscher erklärte, daß er nicht daran denke, den Erfolg aufzugeben. Die meisten Straßenbahner grüßten ihn zwar, wie es sich einem Vorgesetzten gegenüber gehört, es seien aber auch solche darunter, die ihn achtungswidrig grüßten. Die Erklärung des Oberbürgermeisters rief auf der linken einen ungeheuren Tumult hervor. Man rief dem Oberbürgermeister, jedem Straßenbahner zu Weihnachten seine Photographie zu senden, damit man ihn kenne. Schließlich wurde ein Antrag der Kaufschere Rechtsmehrheit angenommen, nach dem die Stadtverordnetenversammlung die Forderung des Oberbürgermeisters als berechtigt ansieht und die Angriffe auf ihn mäßigend.

Das war nicht anders zu erwarten. Aber Herrn Kauschers mäßigender Ehrgeiz soll noch viel weiter gehen. Für die städtischen Feuerwehrmänner, die Müllarbeiter, die Straßenreiner und die uniformierten Angestellten der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke sollen, wenn unsere Informationen richtig sind, besondere Reglemente eingeführt werden, und am Neujahrstag wird eine Parade aller städtischen Beamten im altpreussischen Stetschritt vor der bekannten Amtswohnung des Herrn Kauscher stattfinden.

Das Buch zur Weihnachtszeit.

Ein Buch soll auf dem Weihnachtstisch liegen! Aber wie sich hindurchfinden durch die ungedeuere Menge von Neuem und Altem auf dem Büchermarkt, wie das für den geistig Fortstrebenden geeignete, das wertvolle und fortschrittliche Buch aus dem Haufen des Alltäglichen herauszufinden? Hier hilft, bereit und bringt das Buch die Parteibuchhandlung J. H. W. Dieh Nachfolger in der Lindenstraße 2. Ein Ganz durch ihre Räume zeigt jedem, daß man, besonders in letzter Zeit, mit Erlöse bemüht war und ist, den Partei- und Gesinnungsgenossen, also besonders dem Arbeiter und Angehörigen, eine Buchhandlung zu schaffen, die ihre Hauptaufgabe darin sieht, eine Sammelstelle für das sozialistische, freiheitliche und freigeistige, also mit einem Wort das gute Buch zu sein. Der Bücherfreund findet dort alles, Not und Lust in jeder „Buch“-Angelegenheit. Literatur aus allen Gebieten: Gelehrte, Gartenbücher und Kochbücher ebenso wie Werke über Kunst, Natur und Philosophie. Er findet dort die Werke von Jack London, Sinclair, Hauptmann, Gorki; die sozialistischen Klassiker Marx, Engels, Bakunin und Bebel, Kautskys, die Werke von Büchse, Bürgel und Grottel. Bergedicht wird er Rudolf Herzog, die Karikatur, Courbier-Maler, alle in und „naterländische“ Bücher finden; er findet kein Werk, das Untertunengeist, Reaktion und feilisches Spielbrettum verberichtet. Ganz besondere Sorgfalt ist der Auswahl der Jugendschriften gewidmet. Hier ist der Reizspruch: Für unsere Kinder ist das Beste gerade gut genug. Wir finden hier neben den alten Jugendschriften des Dieh-Verlags die Bücher von Ewald und Kuber, die Kelleisereibungen des Verlags Brockhaus, die große Reihe der prächtigen Tierbücher von Löns, Brehm, Ewald und vielen anderen. Dann die besten Märchenbücher und Bilderbücher mit Versen von Bruno Schönlank, technische Werke und Matador-Baukästen. Keiner sollte veräumen, der Parteibuchhandlung einen Besuch abzustatten.

„Bis auf weiteres.“

Zum Lohn für vierzigjährige Dienste!

Vor dem Arbeitsgericht klagt ein Sechzigjähriger. Nach vierzigjähriger ununterbrochener Tätigkeit hatte eines Morgens der Kläger einen Brief erhalten, in dem ihm sein Arbeitgeber in schönen Worten seinen wärmsten Dank für die langen treuen Dienste ausgesprochen und — zum nächstzulässigen Termin kündigt. Gleichzeitig aber bot ihm der Chef an, sofort aus dem Betrieb auszuscheiden. In dem Fall wollte er ihm „bis auf weiteres“ eine Pension von 60 Mark monatlich zahlen. Hiermit war der Arbeitnehmer einverstanden und so schied er noch am gleichen Tage aus der Firma aus.

Büchlich erhielt er in den folgenden Monaten die bemilliigte Pension überwiehen. Aber nur ein halbes Jahr lang, dann bekam er einen Brief, in dem etwas von den schweren Zeiten und dem schärfsten Geschäftsgang stand und der mit der Mitteilung endete, daß die Zahlung der freiwillig gemachten Pension von jetzt ab eingestellt würde. Mit dieser endgültigen Beendigung des vierzigjährigen Arbeitsverhältnisses war der Empfänger des Briefes nicht einverstanden. Zumal da er in den sechs Monaten an Pension nur die Hälfte dessen erhalten hatte, was er bei Einhaltung der geschlichen Kündigungsfrist in dem Betrieb verdient hätte. Der Fall kam vor das Arbeitsgericht und in der Berufungsverhandlung vor das Landesarbeitsgericht. Ohne auf die moralische Seite der Handlungsweise des Arbeitgebers einzugehen, stellte das Landesarbeitsgericht fest, daß die freiwillig gewährte Pension nicht ohne weiteres widerrufen werden dürfe, sondern daß die Pension weiterzuzahlen sei. Die beklagte Firma führte zwar aus, daß sie in dem ersten Schreiben an den Kläger gleich die Rede wendung „bis auf weiteres“ gebraucht hätte, um eben später die Pension widerrufen zu können. Das Gericht stellte aber fest, daß es nicht darauf ankomme, was für Hintergedanken die Beklagte bei Abendung des Schreibens hatte, sondern daß einzig und allein das Entscheidende wäre, was der Kläger nach Treu und Glauben aus dem Schreiben herauslesen konnte. Und da sei eben eine Gewährung von 60 Mark Pension bis an sein Lebensende eine nichtträgliche Gegenleistung für die Dienste, die der Kläger der Beklagten in den langen Jahren geleistet hatte. Die erwähnten Worte „bis auf weiteres“ hätte der alte Angestellte nur mit Bezug auf die Höhe des Zuschusses auffassen können. Seit der Inflationszeit werde man eben öfter eine solche Erklärung für künftige Leistungen an-

Eisbahn im Freibad Wannsee.

Im Freibad Wannsee ist der Wintersport in vollem Gange. Der reichliche Schneefall der letzten Tage hat die Rodelbahnen mit einer dicken Schneeschicht bedeckt, so daß allen Freizeitsportler genützt wird. Der breite Strand ist zu einer Rodelbahn hergerichtet worden, die im Westen Berlins die größte sein dürfte. Sobald die Eisecke auf dem See genügend tragfähig ist, wird die Eisbahn nach dieser Seite hin verbreitert werden. Behagliche Restaurationsräume, in denen zu erquicklichen Breiten Speisen und Getränke abgerufen werden, Garderoben, die zur Aufbewahrung von Rodelgeräten, Schlitten und Schlittschuhen über Nacht dienen, Ruhe- und Auskalleenarbeiten auf der Bahn selbst vervollständigen die Einrichtung. Die Bahn ist von morgens 8 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit geöffnet; der Eintritt kostet 30 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder. Eine Fahrt in den das Freibad umgebenden wintertlichen Grunwald lohnt sich auch für Rodelsporttreibende.

Starke Jugoverpätungen infolge des Schneeealles. In ganz Mitteleuropa ist gestern so starker Schnee gefallen, daß durch Verwehungen der Gleise der Eisenbahnverkehr beträchtliche Verzögerungen erlitt. Der Prager D-Zug traf mit nicht weniger als zweistündiger Verpätung auf dem Anhalter Bahnhof ein. Bei den D-Zügen aus Mailand, München und Dresden betrug die Verpätung rund eine Stunde. Den „Retor nach unten“ boten die D-Züge aus Amsterdam und Paris, die mit nur 18- bis 36-minütiger Verpätung auf dem Schlesischen Bahnhof anlangen.

Weihnacht in quälender Ungewißheit der Unterjochenschaft und steter Sorge um unglücklich leidende Kinder, Frauen, Mütter zu durchleben, ist ein besonders bitteres Los. — Wer hilft uns, diesen leidenschaftlichen Herzen durch eine barmherzige Spende einen Strahl beglückender Weihnachtsfreude zu leuchten? Gaben jeder Art werden erbeten an den „Fürsorgeverein des Unterjochensängnisses“, Alt-Moabit 12a (Postfach Berlin 117 951).

Probetrieb des neuen Deutschlandsbahns am 20. Dezember. Der neue Deutschlandsbahner bei Königswusterhausen (Zeese) wird am Dienstag, dem 20. Dezember, dem Probetrieb übergeben werden.

Feden am Sonntag. Wegen des eingetretenen Schneeealles fallen sämtliche Spiele aus.

